

Freibant.

Freitag nachm. um 2 1/2 Uhr u. Samstag vorm. um 10 Uhr ist

Kind- und Schweinefleisch zu haben (80975)

Eine größere Partie Stüteräpfel (Schöner von Boston) und (18066)

lemon (Kaffee v. Harneu) zu verkaufen, eins. Berwegen, ees a. Rhein.

Gebrauchte gutgeh. Nähmaschine (64215)

Spottbillig zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle da. H. Neues (64496)

errenfahrrad billig zu verkaufen, Avarstraße 18 1. Etage

agdhund (Jährling, deutschlanghaar, preiswert zu verkaufen, (1886)

han Wittag, Carlo, Telefon 2625

Verkaufe Ia. 8 Bogen alte deutsche

hahar-Belpen (Dalebit sehr schöne

gubindin (engl. Drahthaar) 2 Monate alt. (18855)

ilte, Werth

Zimmer-wohnung (6

erben unter Nr. 1882 an die Geschäftsstelle ds. BL

6 Zimmer-wohnung (mit kleinem Garten

erben unter Nr. 1871 an die Geschäftsstelle ds. BL

immer (mit kleinem Garten

Kaufmann Engelke des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisteramt und Kommandanten des Kreis Borken.

Postfach 2000 Borken.

Bocholter-Borkener

Postfach 2000 Borken.

Wannapost vom Montag: 1. im Jahr gebucht ein 1. im Jahr gebucht ein 1. im Jahr gebucht ein

Wannapost vom Montag: 1. im Jahr gebucht ein 1. im Jahr gebucht ein 1. im Jahr gebucht ein

Volksblatt

Organ der Zentrumspartei.

Rheider Druckerei.

Amstilles Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken.

Bocholter u. Borkener Zeitung.

Nummer 250

Freitag, den 9. September 1932

Jahrgang 1932

Die Präsidialpartei.

Die Präsidialpartei besteht noch nicht, aber man redet und schreibt schon sehr viel von dieser Neugründung zur Stützung des Kabinetts von Papen, die sich als Konsequenz aus der Reichstagsauflösung ergeben würde. Aus welchen Kreisen würde sie sich bilden können? Gemeinhin gewordene Wähler gibt es ebenso wie ehemalige Parlamentarier, die keine Wähler mehr hinter sich haben. Man denke beispielsweise an Graf Westarp, an Treviranus, der bereits den Anschluss an von Papen gefunden haben soll, und Lindeiner-Wildau, der inzwischen Direktor der Preussentasse geworden und damit auf einen Posten gekommen ist, der ihm mehr einbringt, als sein früheres Mandat. Aber mit solchen anhanglosen Personen kann man schwerlich eine neue Partei gründen. Diese muß zunächst ein Programm haben, sie muß nicht nur Männer, sondern auch Ideen herausstellen können, von denen Jugtraft ausgeht. Für eine Partei, die sich hinter das Kabinett von Papen stellt, können natürlich nur seine politischen Auffassungen und Absichten programmatische Bedeutung haben: Also Stärkung der Präsidialgewalt, Umbau der Verfassung und des Wahlrechts mit Wiederanknüpfung an die Bismarcksche Reichsverfassung, Schaffung einer ersten Kammer, Beseitigung des Dualismus Reich-Preußen, Stärkung des sozialen und politischen Aufbaus, Belohnungsprogramm und sozialpolitischer Abbau. Ohne Frage sind das Ideen, für die sich ein Teil der deutschen Wählerschaft begeistert, zum mindesten die Wähler, die Stresemann einmal die Sozialistische genannt hat. Man könnte auch mit dem Treibhand der bürgerlichen Mitläufer der NSDAP rechnen, mit Volksparteilern, ehemaligen Wirtschaftsparteilern und ehemaligen Deutschnationalen, die Jugenberg wegen aus der Partei ausgeschieden sind, während die Deutschnationale Volkspartei selber ihre Selbstständigkeit nicht aufgeben wird, sicher aber doch zu einem Wahlbündnis bereit sein dürfte, wenn es zur Auflösung des Reichstages und Neuwahlen kommen sollte.

Das Problem, wie diese neue Partei sich mit den Deutschnationalen ausbilden kann, ob sie mit ihnen nur ein Wahlbündnis schließt oder ob sie die Partei Jugenbergs ganz in sich aufnehmen soll, hat nach unseren Informationen beim letzten Stahlhelmtag in Berlin eine sehr wesentliche Rolle gespielt. Zwischen den Stahlhelmläutern und Geheimrat Jugenberg war anfangs eine erhebliche Verstimmung vorhanden, die nach außen hin zwar durch einen Besuch Selbster bei Jugenberg beigelegt wurde, die aber nicht dazu führte, daß der Führer der Deutschnationalen an den Veranstaltungen des Stahlhelms teilnahm. Die an der Gründung der neuen Partei interessierten Kreise hoffen, daß es gelingen werde, dem Leipziger Oberbürgermeister Dr. Gerdeler als Parteivorstand zu gewinnen. Und darauf und weil man nicht daran denkt, die Partei Jugenbergs als die Präsidialpartei zu proklamieren, ist offenbar die Entscheidung zurückzuführen, in der die deutschnationale Reichstagsfraktion von der beabsichtigten Neugründung absieht und die auf sie gerichteten Bestrebungen auf den Bestätigungsabend ehemaliger mittelparteilicher Abgeordneter zurückzuführen sucht.

Auch der Stahlhelm tut so, als wenn er nichts davon wissen wollte. Bei seiner großen Parade auf dem Tempelhofer Feld hat er sich aber offen als Schutztruppe der Präsidialregierung von Papen bekannt, die wie Selbster laut verkündete, die Grundzüge des Stahlhelms übernommen habe. Und so war denn auch die Begrüßung des Reichstagsänglers, als er zu der Parade erschien, besonders stürmisch. Auch die Reichsminister Freyher von Geyl, Freyher von Braun und von allem von Schleicher waren da. Der ehemalige Kronprinz und die Kronprinzessin und andere Prinzen nicht minder. Den vom Kapp-Putsch her bekannten General Lüttich, Major Papp, der ebenfalls am Kapp-Putsch beteiligt war, und den österreichischen Putschisten Fürst Starheimberg sah man zusammen mit den Ministern stehen, zu denen sich auch der stellvertretende Reichskommissar Dr. Bracht gestellt hatte. Dieses Renegadenvous am Stahlhelmtage verdient auch dann Beachtung, wenn der Stahlhelm nach Mitteilung seiner bayerischen Landesführung es ablehnt, eine Präsidialpartei zu bilden. Er muß ja, wie man wohl verstehen kann, darauf Rücksicht nehmen, daß seine Angehörigen zum Teil deutschnationale Wähler sind. Er kann auch, nachdem er sich eben nach der Reichspräsidentenwahl aus der Parteipolitik zurückgezogen hat, sich jetzt nicht gut frischen Rats wieder hineinmischen. Darum will er sich, um Worte der genannten Landesführung zu gebrauchen, von dem Unfug fernhalten, zu den wirkungsfähigen parlamentarischen Gebilden noch ein neues zu schaffen. Aber sein Verzicht für die Ziele der Präsidialregierung würde natürlich indirekt auch eine Stütze der Präsidialpartei bedeuten.

Mag nun diese Gründung zustande kommen oder mag es den Deutschnationalen gelingen, diese Konkurrenz schon tot zu machen, bevor sie entstanden ist, auf das eine muß man in diesem Zusammenhang doch einmal hinweisen, daß nämlich die Parteien und sonstigen politischen Kreise, die sich hinter die Regierung von Papen gestellt haben, außer der Befürwortung ihrer

Foos über die Absichten des Zentrums.

Kabinett von Papen und Reichstagsauflösung oder verbessertes Wirtschaftsprogramm und eine Reichsregierung, gestützt auf Vertrauen des Reichspräsidenten und eine Parlamentsmehrheit?

Das Zentrum will kein „Parteienkabinett“.

Von unserer Berliner Redaktion.

× Berlin, 8. September. (Drahtb.)

Ueber den Willen und den Weg des Zentrums wurden in der letzten Zeit tendenziöse Meldungen der verschiedensten Art verbreitet, um dadurch in der Öffentlichkeit ein falsches Bild entstehen zu lassen. Eine gewisse Presse bemüht sich so stark um eine einseitige Berichterstattung, daß unschwer die Quelle zu erkennen ist. Um einmal ganz klar das zu umschreiben, auf was es dem Zentrum ankommt, sprach der geschäftsführende Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Abgeordneter Foos, am Donnerstag vor den Berliner Vertretern der Zentrumsgruppe zur politischen Lage. Ausgehend von dem in der Notverordnung vom 4. September verkündeten Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung führte es folgendes aus:

„Wir teilen mit der Reichsregierung die Auffassung, daß gewisse Anzeichen für eine beginnende Besserung der Weltwirtschaftslage vorhanden sind. In einem solchen Zeitpunkt ist es notwendig, daß von der Staatsführung Maßnahmen getroffen werden, die den wirtschaftlichen Antriebs fördern und beschleunigen.“

Abgeordneter Foos äußerte sich kritisch zu Einzelheiten dieser Maßnahmen. Vor allem brachte er scharfe Bedenken zum Ausdruck gegen die generelle Ermächtigung der Reichsregierung auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung.

Zu den Maßnahmen, die einer Anregung und Finanzierung härterer Produktion dienen sollen, stellte der Abgeordnete Foos abschließend fest, daß solche Maßnahmen nötig und erwünscht sind, daß aber in wichtigen Punkten andere Wege als die gewählten den Zweck besser erreicht und wesentliche Gefahren vermieden hätten. Jedenfalls sind die jetzt geplanten Maßnahmen in erheblichem Maße verbesserungsbedürftig.

Wenn wir diesen Gesichtspunkt in den Vordergrund rücken und uns für eine günstige wirtschaftliche Weiterentwicklung mitverantwortlich einsehen, so ergeben sich zwangsläufig eine Reihe politischer Überlegungen.

Wir sind überzeugt, daß der Konjunkturtrieb nur dann anhebt und die staatlichen Eingriffe nur dann die beschriebene Wirkung haben können, wenn eine Beruhigung und Festigung der politischen und staatlichen Verhältnisse auf längere Sicht gewährleistet ist.

Nur dann wird die für den Wirtschaftsanstreben notwendige Unternehmungslust angeregt, nur dann die Rückverwandlung von Geld in Kapital stattfinden, die an das Vertrauen der Wirtschaftsträger anknüpft.

Wir sind nun ebenso davon überzeugt, daß in der augenblicklichen Regierungskonstellation diese politische Stabilität nicht gegeben ist und ganz offenbar durch sie auch nicht erreicht werden kann. Es ist dieser Regierung nicht gelungen, die dafür notwendigen Volksträfte sich zu sichern und zwar diejenigen, die auch die Basis für eine Mehrheit im Parlament abgeben können. Es scheint, als ob diese Regierung, die doch eine Neuwahl des Reichstages zu Beginn ihrer Tätigkeit für notwendig hielt, sich vorgenommen hat, auf die Mitwirkung der gewählten Volksvertretung bewusst zu verzichten.

In diesem Zusammenhang scheint mir besonders wünschenswert: Man kann gewiß Parteien, Fraktionen, Koalitionen diffamieren und dazu sogar die Mitwirkung von Zeitungen gewinnen, die verurteilten politischen Gruppen und Parlamentsfraktionen bisher gedient haben. Wenn man aber nüchtern und sachlich die Folgewirkung einer solchen Regierungsbildung zu Ende denkt, ergibt sich folgendes Bild:

Wenn diese Regierung keine Mehrheit im Reichstag findet und trotzdem im Amt bleibt, ist sie gezwungen, den Reichstag erneut aufzulösen und dann entweder nach den Vorschriften der Verfassung Neuwahlen auszuschieben oder verfassungswidrig zu regieren. Neuwahlen aber bedeuten Hemmung und Schädigung der wirtschaftlichen Initiative, bedeuten, daß die von der Regierung verordneten Wirtschaftsmassnahmen in der allgemeinen Beunruhigung verpuffen. Das Spiel mit dem Gedanken verfassungswidriger Regierungen vergrößert die Unsicherheit und wirkt schädlich auf den nachwachsenden Geist der Bevölkerung. Was diese Regierung also mit der einen Hand zu geben sich anschaut, das mühte sie mit der anderen notwendigerweise wieder zurückzuführen. Klar ausgedrückt:

Solange die jetzigen politischen Verhältnisse bleiben, wie sie sind — Gefahr von Staatsstreich, Auflösung der Parlamente, Neuwahl, mehrfache Neuwahl —, wird auch beim schönsten Wirtschaftsprogramm die Unternehmungslust nicht geweckt. Das Wirtschaftsprogramm wird keine Chance, weil die Voraussetzungen zu seiner Erfüllung völlig ungewiß bleiben. Wer in Wahrheit den Erfolg will, muß die Voraussetzungen wollen. Aus diesem Grunde, aus nationalen und wirtschaftlichen Überlegungen, sollten Neuwahlen sowohl wie politisches Experimentieren aus der Diskussion verschwinden.

Wenn diese Überlegungen richtig sind, muß eben alles daran gesetzt werden, die Sicherung der politischen Stabilität in Verbindung mit dem gegenwärtigen neu gewählten Reichstag zu suchen. Die gegenwärtige Reichsregierung hat nur eine kleine Gruppe des Reichstages für sich.

Die Zentrumspartei hat von dem Zeitpunkt ab, da sie feststand, daß der jetzigen Reichsregierung der Versuch einer Mehrheitsbildung im Reichstag mißlungen war, diesen Versuch ihrerseits ausgenommen.

Die Bemühungen des Zentrums — und ich kann hinzufügen, gleichlaufend der bürgerlichen Volkspartei — um eine parlamentarische Mehrheit sind sachlich so begründet, daß uns die Kritik einer gewissen politischen Tagespresse nicht stören kann und nicht stören darf. Ohne auf Einzelheiten dieser Kritik einzugehen, darf ich zur vollen Klarstellung unserer Auffassung und unseres politischen Handelns noch folgendes feststellen:

Das Ziel unserer gegenwärtigen Bemühungen ist die Schaffung von Möglichkeiten, eine Regierung zu bilden, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützt, Vertrauen im Volk hat und die volle Zurechnung der Verfassung garantiert.

Mit einer solchen Regierung kann der Gedanke eines Vertrauenskabinetts (sogenannten Präsidialkabinetts) durchaus in Einklang gebracht werden. Der normale Zustand ist der, daß das Kabinett das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten besitzt und das der Volksvertretung findet. Dem Zentrum hat in seinem Zeitpunkt der Verhandlungen der Gedanke eines einseitigen „Parteienkabinetts“ vorgeschwebt. Die volle Mitwirkung des Parlaments war in Krisenzeiten zwar schwierig, wie sich aus den Erfahrungen der Jahre 1919, 1923/24 und 1930/32 ergeben hat.

Was aber möglich sein muß, ist eine Mehrheit im Reichstag zu finden, die in Selbstständigkeit einer Regierung auf ihres Vertrauens die Möglichkeit zu

Wirtschaftliche Besprechungen zwischen Zentrum und NSDAP.

Gemeinsame Erklärung zum Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung.

Heute Empfang des Reichstagspräsidenten.

Von unserer Berliner Redaktion.

× Berlin, 8. Sept. (Drahtb.)

In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß der Freitag eine äußerst bedeutungsvolle Entscheidung für die politische Entwicklung der nächsten Zeit bringen werde, denn die bisherige einseitige Information des Reichspräsidenten von Hindenburg soll bei dem offiziellen Empfang des Reichstagspräsidenten ergänzt werden durch Ausführungen des Reichstagspräsidenten Goering, der die Gelegenheit zur Darstellung der politischen Pläne der Nationalsozialisten und des Zentrums benutzen will. Beim gleichen Anlaß handelte es sich früher nur um einen formellen Höflichkeitsspektakel. Von einer Seite, die der Reichsregierung sehr nahe steht, wurde geflüstert, die Behauptung verbreitet, auch dieses Mal werde der Reichspräsident nur die Herren des Präsidiums kurz begrüßen. Nach unseren Informationen soll der Reichspräsident diese Ansicht nicht haben, sondern er soll gewillt sein, die Ausführungen des Reichstagspräsidenten Goering entgegenzunehmen.

Inzwischen wurden die Verhandlungen zwischen den Vertretern des Zentrums und der Nationalsozialisten wieder aufgenommen. Am Donnerstag handelte es sich besonders um die Besprechung konkreter Wirtschaftspragmen, für die die beiden Parteien gemeinsam einstehen können.

Ein sehr wünschenswertes Wirtschaftsprogramm lag diesen Beratungen zugrunde. Sie fanden heute nachmittag im Hause des Reichstagspräsidenten gegenüber dem Reichstagsgebäude statt. Neben dem Reichstagspräsidenten Goering nahmen an der Besprechung u. a. von den Nationalsozialisten der Abgeordnete Feder, vom Zentrum die Abgeordneten Dr. Stegerwald und Dr. Deffauer, sowie Vizepräsident Esser teil.

Diese darin übereinstimmen, daß sie seit Jahr und Tag bis zum 13. August, wo Hitler vom Reichspräsidenten die ganze Staatsmacht forderte, und damit nicht durchdrang, nicht genug tun konnten, dem Zentrum vorzuwerfen, daß es nicht mit den Nationalsozialisten zusammengehen wollte, und die jetzt, wo das Zentrum um die Erhaltung verfassungsmäßiger Zustände bemüht ist und deshalb mit den Nationalsozialisten Verhandlungen führt, sich darin überbietet, dem Zentrum deshalb Vorwürfe zu machen.

Ueber die Besprechung wurde folgende Verlautbarung ausgegeben:

In einer gemeinschaftlichen Besprechung, die zwischen Abgeordneten der NSDAP und der Zentrumspartei am Donnerstag nachmittag stattfand, beschäftigte man sich mit wirtschaftlichen Fragen. Im Vordergrund standen das dringende Problem der Arbeitslosigkeit, ferner die Konjunkturlage, das Wirtschaftsprogramm der Regierung von Papen und die Sorge für den Winter. Die Sachverständigen beider Parteien äußerten ihre ernsten Bedenken, daß die Subventionierung der gesamten Betriebe durch Steuerzuschüsse das gekedte Ziel, Arbeitsplätze in die Arbeitsstellen zurückzubringen, nicht erreichen, sondern in eine schwere Enttäuschung münden werde. Der politische Teil der Notverordnung, der den ganzen Bestand sozialer Rechte und Einrichtungen in das Ermessen einer Regierung stellt, die nur eine kleine Minderheit in der Volksvertretung und sogar keinen Rückhalt in der Arbeitnehmerschaft besitzt, fand über einstimmend Ablehnung. Darüber hinaus stützten die Besprechungen hinsichtlich wirtschaftlicher Arbeitsbeschaffung und des Konjunkturanstießes Möglichkeiten, für deren Durchführung auch eine arbeitsfähige, vom Vertrauen des Volkes getragene Mehrheit vorhanden ist.

Wenn immer wieder die Zumutung an das Zentrum laut wird, es solle doch die Regierung von Papen tolerieren, so muß darauf erwidert werden, daß eine Tolerierung des jetzigen Reichskabinetts durchaus nicht vom Zentrum abhängig ist. Wir glauben bestimmt zu wissen, daß die Nationalsozialisten, die Sozialdemokraten und die Kommunisten, die zusammen über beinahe 75 Prozent des ganzen Reichstages verfügen, viel lieber eine Reichstagsauflösung in Kauf nehmen, als daß sie für das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung oder für ein Vertrauensvotum stimmen würden. Bei den Sozialdemokraten und Kommunisten handelt es sich um Opposition im reinsten Sinne des Wortes, und bei den Nationalsozialisten sind zum mindesten mehrere Mitglieder des Reichskabinetts so verbohrt, daß sie sich niemals zu einer Duldung dieser Regierung bereitfinden werden. Was wäre demnach von einer Tolerierung des Kabinetts Papen zu erwarten, wenn doch keine Mehrheit zu erzielen ist?

Harter politischer Führung und zu entscheidenden Entschlüssen gibt.

Nach unserer Überzeugung stehen solche Möglichkeiten, wie ich sie hier andeute, auch heute noch offen. Wenn das Zentrum sich um die Sammlung einer solchen verantwortlichen Mehrheit in der Volksvertretung bemüht und seine Mitwirkung bereitstellt, so folgt es damit dem Weg, der sich in den letzten Jahren als notwendig erwiesen hat und auch von ihm bejagt worden ist.

Keine Parteibestrebungen können uns den leichteren Weg der Opposition weisen. Der Gedanke des Mit-

verantwortung an den Geschicken der Nation zwang uns indes auf den Weg, den wir beschritten haben und pflichtgemäß weiter verfolgen.

Unter der Autorität des Reichspräsidenten muß der Weg einer innerpolitischen, staatlichen und wirtschaftlichen Gesundung gefunden werden. Noch ist das deutsche Schicksal im Sinne einer ruhigen Aufwärtsentwicklung zu meistern, wenn neben festem nationalen Willen auch der Mut zur politischen Verantwortung im Glauben an Deutschlands Zukunft vorhanden ist.

Die Vertreter der Gewerkschaften beim Reichsarbeitsminister.

Schärfster Protest gegen die neue Notverordnung.

(Berlin, 8. September.)

Am 8. September hatte der Reichsarbeitsminister mit den Spitzenverbänden der Arbeiter- und Angestelltenvereine eine Aussprache über die Richtlinien für die Anwendung der Notverordnung über die Arbeitsbeschäftigung und der Vollzugsverordnung über die Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsbeschäftigung. Vor dem Eintritt in die Aussprache erhoben die Verbände aus sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Erwägungen Widerspruch gegen die neuen Vorschriften im allgemeinen. Mit diesem Vorbehalt ersuchten sie dann um Auskunft, über Sinn und Tragweite der einzelnen Vorschriften, über die Anwendbarkeit der Vorschriften auf bestimmte Fälle und über die Möglichkeiten, die tatsächlichen Schwierigkeiten zu überwinden und die ungerechtfertigten Ausnahmeverordnungen auszuheben. Die Auskünfte wurden erteilt. Die vorgetragenen Anregungen werden weiter verfolgt.

Wie das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger hierzu von gewerkschaftlicher Seite hört, ist es dem Reichsarbeitsminister nicht gelungen, die schwersten Bedenken zu zerstreuen, die seitens der Gewerkschaften gegen die sozialpolitischen Teil der Notverordnung geäußert worden sind. Die Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen legten gegen die Maßnahmen der Reichsregierung scharfe Verwahrung ein und erklärten, daß sie mit jedem nur zulässigen Mittel dagegen Widerstand leisten würden. Außerdem wurde von einzelnen Gewerkschaftsvertretern der Einbruch in das geltende Arbeits- und Tarifrecht durch Notverordnung als eine Verletzung der Reichsverfassung bezeichnet und in Aussicht gestellt, daß man auf dem Rechtswege dagegen vorgehen würde.

Der Minister versicherte, daß die Reichsregierung durchaus die Interessen der Arbeiter und Angestellten bei der Durchführung der Notverordnung im Rahmen des irgendwie möglichen berücksichtigen werde, und daß schließlich alle diese Maßnahmen doch nur den Zweck verfolgten, die Arbeitslosigkeit zu mildern und die Institutionen der deutschen Sozialpolitik und Sozialversicherung über die Krisis hinwegzuführen.

Die Gewerkschaftsvertreter führten demgegenüber aus, daß das eigentliche Ziel der Regierungsmaßnahmen, die Deflation zu beenden und die Wirtschaft durch Erweiterung des Konsums zu beleben, durch die sozialpolitischen Teil ihrer eigenen Maßnahmen zu nichte gemacht werden müsse. In mehrfältiger Beratung wurden sodann Einzelheiten des Umfangs der sozialpolitischen Teiles der Notverordnung für die Durchführung in der Praxis erörtert.

Erklärungen des Reichsarbeitsministers.

(Berlin, 8. September.)

Wie der DVB mitteilt, gab der Reichsarbeitsminister bei der Aussprache mit den Vertretern der Gewerkschaften eine Erklärung der wichtigsten Bestimmungen der Verordnung vom 5. September. Der Begriff des Betriebes nach dieser Verordnung werde im Sinne des Betriebszweckes zu verstehen sein. Als Betriebszweck könne nur diejenige Tätigkeit, die vollkommen selbständig sei, mit eigenem betrieblichen Leben und einer eigenen Produktion, wie der Begriff im Rahmen der Stilllegungsverordnung gefaßt sei.

Neue und stillgelegte Betriebe stießen nicht unter die Bestimmungen des ersten Teiles der Verordnung über die Vermehrung der Arbeitsbeschäftigung. Voraussetzung sei auf jeden Fall, daß der Betrieb nach Beschäftigung und auch Produktion. Da diese Bestimmungen, wie auch schon die Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden ergeben hätten, so mannigfachen Ausweitung ausgesetzt seien, so sei anzunehmen, daß von ihm, dem Reichsarbeitsminister, eine Durchführungsverordnung zum ersten Teil herauskommen werde, die vor allem den Begriff der Neueinrichtung interpretieren werde. Es sei selbstverständlich, daß bei der zulässigen Unterbrechung der Tarifverträge die Lohnsätze nur die eigentlichen Lohnsätze und nicht die Leistungslöhne und andere Zulagen gemeint seien, wie überhaupt diese einzelnen Bestimmungen der Notverordnung nur auf solche Betriebe Anwendung finden könnten, für die ein Tarifvertrag bestünde.

Wenn die Voraussetzungen des § 1 der Verordnung über die Vermehrung der Arbeitsbeschäftigung und die Bestimmungen des § 7 über die Erhaltung gefährdeter Betriebe zusammengefaßt, dann dürfte der Schlichter nicht hinausgehen. Da nun in der Praxis wohl zuerst ein Betrieb von seiner Notlage Gebrauch machen werde und auf Grund dieser Notlage ihm dann die Unterbrechung der Tarifsätze bis 20 v. H. zugestanden werde, hierdurch eine Verletzung seiner Konkurrenzfähigkeit infolge einer Vermehrung der Arbeitsbeschäftigung vorzunehmen, sollen die Schlichter angewiesen werden, gleich in ihrer Entscheidung über die Erlaubnis der Unterbrechung bis zu 20 v. H. im Sinne der Erhaltung gefährdeter Betriebe festzusetzen, daß, wenn auf Grund des ersten Teiles der Verordnung über die Vermehrung der Arbeitsbeschäftigung eine Neueinrichtung vorgenommen werden soll, die Bestimmungen des § 7 über die Erhaltung gefährdeter Betriebe in Betracht kommen. Die Finanzämter werden angewiesen werden, unter Umständen auch die Ausprägung dem Schlichter zur Verfügung zu stellen, wenn dies die

Lage des Betriebes und des einzelnen Falles notwendig mache.

Ueber die Anwendung der Generalvollmacht für die Änderung aller Zweige der Sozialversicherung gab der Minister die Erklärung, daß er eine solche Änderung nur im engsten Einvernehmen mit den Verbänden der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der einzelnen Länder und sonstigen irgendwie interessierten Gruppen vornehmen wolle. Besser seien in Referentenbesprechungen die Möglichkeiten der Anwendung dieser Generalvollmacht geprüft werden und dann die einzelnen Ausprägungen stattfinden.

Wie ein parlamentarischer Nachrichtenbüro erzählt, hat der Reichsarbeitsminister den Gewerkschaften den Vorschlag gemacht, eine Kommission der Gewerkschaften zu bilden, die bei der Durchführung der sozialpolitischen Bestimmungen der Notverordnung mitwirken soll. Die Vertreter der freien Gewerkschaften haben sich diesem Vorschlag nicht angeschlossen, die übrigen Gewerkschaftsvertreter haben dem Vorschlag zugestimmt.

Reichskanzler und Reichsaussenminister beim Reichspräsidenten.

Besprechung des Reichstagspräsidenten mit dem Reichskanzler.

(Berlin, 8. September.)

Reichspräsident von Hindenburg, der heute morgen aus Neudorf wieder in Berlin eingetroffen ist, empfing um 11.30 Uhr den Reichskanzler von Papen zum Vortrag über die politische Lage. Am Anschluß daran wurde Reichsaussenminister von Neurath vom Reichspräsidenten empfangen, während der Reichskanzler im Anschluß an seinen Besuch beim Reichspräsidenten den Reichstagspräsidenten Goering empfing. Bei dieser Besprechung wurde die politische Lage und die Frage einer Regierungsumbildung nicht erörtert. Die Besprechung galt nur der Festlegung der Formalitäten für die Abgabe der Regierungserklärung, die am Montag beginnenden Reichstagsarbeiten. Man einigte sich dahin, daß am Montag Reichskanzler von Papen seine Regierungserklärung abgibt, und daß am Dienstag und Mittwoch die große politische Aussprache über diese Regierungserklärung stattfindet.

Die Deutschnationalen und die Präsidialpartei.

(Berlin, 8. September.)

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hielt am Donnerstag nachmittag unter dem Vorsitz von Dr. Oberfohren und im Beisein des Parteiführers Dr. Hugenberg eine Sitzung ab, über die von der Fraktion ein Bericht ausgegeben worden ist, in dem es heißt:

In der politischen Aussprache, die sich auch mit den in der Presse erörterten Bestrebungen zur Bildung neuer Mittelgruppen befaßte, brachte die Fraktion zum Ausdruck, daß diese Bestrebungen, die meist auf den Betätigungsbereich ehemaliger sozialistischer, parteilicher Parlamentarier zurückzuführen sind, politisch nicht ernst genommen werden können, weil sie nach allen Erfahrungen zum Scheitern verurteilt sind.

Die Fraktion hat außerdem folgende Entschließung gefaßt: „Die deutschnationale Reichstagsfraktion nimmt mit Empörung von den künftigen Verfassungsveränderungen Kenntnis, die besonders die nationalsozialistische Presse planmäßig im ganzen Lande — offenbar auf Anweisung von zentraler Stelle — über die Deutschnationale Volkspartei und ihren Führer verbreitet. In der DNB gibt es weder eine „Führerliste“ noch „Zerwürfnisse“, noch „Unzufriedenheit“. Auch Meldungen, wie die, daß die Partei beschlossene, Herrn Dr. Goerdeler, der ihr gar nicht angehört, zu ihrem Vorsitzenden zu machen, liegen in der gleichen Linie. Diese unwahren und geschäftlichen Behauptungen haben nur den Zweck, den in den Reihen der Nationalsozialisten herrschenden schweren Unruhe abzuwehren, die durch das parlamentarische Verhalten der nationalsozialistischen Führer mit der „nationalen“ Zentrumspartei entstanden ist. Diese Verleumdungen, die in der Fraktion nicht nur ein Beweis mehr dafür, wie sehr das Vertrauen der Deutschnationalen Volkspartei zu ihrem Führer gerechtfertigt ist.“

Kündigung des Handelsvertrages mit Südslawien.

(Berlin, 8. Sept.)

Wie die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ erzählt, ist am 6. September von Deutschland der Handelsvertrag mit Südslawien fristgemäß zum 7. März nächsten Jahres gekündigt worden. Der „Lamwo“ zufolge liegen der Kündigung drei Gründe zugrunde: Einmal hat sich der Handelsverkehr zwischen Südslawien und Deutschland in der letzten Zeit für uns sehr ungünstig gestaltet, vor allem infolge der Rücknahme Südslawiens auf Frankreich. Dann haben sich Schwierigkeiten in der Ueberweisung der Devisen ergeben. Zur Regelung dieser Fragen verhandelt gegenwärtig der südslawische Staatsbankpräsident mit der Reichsbank in Berlin. Schließlich liegt es der deutschen Regierung daran, den Export, der nach den letzten Monaten zurückgefallen ist, zu vergrößern. Nach nur noch in Südslawien gebunden ist, zur Ermöglichung eines ausreichenden Schutzes der deutschen Landwirtschaft freizubekommen. Zur Vermeidung eines vertragslosen Zustandes sollen alsbald Verhandlungen über einen neuen Vertrag eingeleitet werden.

Doch Ausscheiden von Leydens und Klauseners?

(Berlin, 8. September.)

Trotz des geflüchten amtlichen Dementis erzählt sich in den Berliner Abendblättern hartnäckig die Behauptung, daß die Ernennung des bisherigen Leiters der Kom-

Die Bedenken des Großhandels gegen die Einfuhrkontingentierung.

Besprechungen im Reichswirtschafts- und Ernährungsministerium.

(Berlin, 8. September.)

Reichswirtschaftsminister Prof. Warmbold empfing unter Beteiligung des Reichsverbandes des deutschen Groß- und Ueberseehandels führende Persönlichkeiten der an der Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte beteiligten Großhandelskreise. Es wurden dem Minister gegenüber die großen Bedenken zum Ausdruck gebracht, die über die Möglichkeit der Einfuhrkontingentierung durch die Einführung des Einfuhrkontingentsystems eine grundsätzliche Schwächung der deutschen Wirtschaft hervorzurufen, in den beteiligten deutschen Wirtschaftskreisen herrschen. In Beispielen der vor allem in Frage kommenden Warengruppen wurde nachgewiesen, daß die von der Landwirtschaft erhofften Vorteile nicht eintreten würden, andererseits aber seit Jahrzehnten unter großen Opfern ausgebauten Geschäftsbeziehungen unübersehbare Schäden erleiden müßten.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand am Donnerstag abermals eine Besprechung mit den Vertretern des hanseatischen Handels statt über die Frage einer Einfuhrkontingentierung der Einfuhr. Den Vorsitz führte Staatssekretär Muffel. Außerdem war das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsfinanzministerium und das Auswärtige

Ministerium durch ihre Sacharbeiter vertreten. Der hanseatischen Abordnung, die unter Führung des Hamburgischen Senators Dr. Burgard-Mohr stand, gehörten neben den Vertretern des Senats von Hamburg, Bremen und Lübeck und der drei Handelskammern Vertreter der gesamten Schifffahrt und zahlreiche führende Kaufleute aus allen Zweigen des hanseatischen Handels an. In mehrfältiger Aussprache wurden die Bedenken der hanseatischen Handelskreise gegen die Einfuhrkontingentierung noch einmal vorgetragen und ihre Auswirkungen auf das gesamte deutsche Wirtschaftsleben, namentlich aber auf die handelspolitischen Beziehungen Deutschlands und auf den inländischen Arbeitsmarkt eingehend erörtert.

Erhebliche Bedenken gegen die Margarinesteuer.

(Berlin, 8. September.)

Zu dem von interessierter Seite vielfach geäußerten Wunsch auf Einführung einer Reichsmargarinesteuer wird an zuständiger Stelle erklärt, daß dieser Gedanke im Reichsfinanzministerium nicht verfolgt werde, da es sich um eine Ländersteuer handle.

Gegen die Erhebung der Margarinesteuer, die vielfach gefordert wird, bestehen in Kreisen der Reichsregierung erhebliche Bedenken. Das Reichsfinanzministerium hat sich mit dieser Angelegenheit noch nicht beschäftigt.

Für durchgreifende Abrüstung

Henderson über die deutsche Gleichberechtigungsforderung.

(London, 8. September.)

Der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz und ehemalige englische Außenminister Arthur Henderson hielt auf dem Gewerkschaftsfest in Newcastle eine Rede, in der er für durchgreifende Abrüstung der Militärkräfte eintrat und der deutschen Gleichberechtigungsforderung weitgehend Rechnung trug.

Zunächst stellte Henderson in Abrede, daß die Abrüstungskonferenz einen Fehlschlag darstelle, die geleistete Arbeit werde vielmehr bei der Wiederaufnahme der Beratungen klar zum Vorschein kommen. Zur deutschen Gleichberechtigungsforderung erklärte er, man habe behauptet, daß Deutschland sich möglicherweise an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz nicht mehr beteiligen werde, wenn seine Forderungen nicht erfüllt würden.

Für die Abrüstungskonferenz würde es eine Katastrophe bedeuten, wenn Deutschland fern bliebe. Dieses würde vorausichtlich zu einer Verkürzung des alten Rüstungswettlaufes führen.

Man solle die Augen nicht vor der Gefahr verschließen, die sich aus den deutschen Forderungen ergäbe. Er ver-

möge nicht zu erkennen, was Deutschland beginnen könne, wenn es sich von der Abrüstungskonferenz zurückziehe.

Ueber die Forderungen sollten in erster Linie die ehemaligen Alliierten und Alliierten verhandeln. Diese sollten ihre Verpflichtungen gegenüber den besiegten Ländern erfüllen.

und der Konferenz ein Abrüstungsprogramm unterbreiten, nach dem offensivere Angriffswaffen allgemein verboten würden, wie sie Deutschland durch den Versailler Vertrag untersagt wären. Ein solches Programm würde auf die ganze Welt Eindruck machen und die Regelung der deutschen Schwierigkeiten und Gleichberechtigung beträchtlich erleichtern.

Vor einer politischen Rede Herriots.

(Paris, 8. Sept.)

Wie Janas zu wissen glaubt, wird Ministerpräsident Herriot, der am nächsten Sonntag im Beisein des Präsidenten der Republik bei der Einweihung eines amerikanischen Gedenkbauwerks in der Hauptstadt und eine Rede halten wird, bei dieser Gelegenheit sicher auch auf die diplomatischen Ereignisse der letzten Tage anspielen.

Eine sensationelle Verhaftung in Ostpreußen.

(Königsberg, 8. September.)

Im Zusammenhang mit den Vorgängen vom 1. August, an dem bekanntlich durch mehrere politische Attentate der kommunistische Stadtratspräsident Safer mordet, ein sozialdemokratischer Chef, daubeur und mehrere andere Integrierte Personen sowie der in Ruhestand versetzte Regierungspräsident Dr. von Bahrle zum Teil schwer, zum Teil leichter verwundet und Bombenanschläge in verschiedenen Stadteilen begangen wurden, ist heute der Rittersgutsbesitzer Verband auf Schloß Langendorf bei Tapiau auf Grund eines Haftbefehls des Oberstaatsanwaltes in Untersuchungshaft genommen und sein Privatauto sichergestellt worden.

Die Justizprokessstelle bestätigt die Verhaftung von Verbands und teilt mit, von Verbands ist unter dem dringenden Verdacht der Begünstigung, die er zwei an den Verbrechen vom 1. August Beteiligten geleistet habe, in Untersuchungshaft genommen worden. Ferner seien zwei weitere Verhaftungen erfolgt, doch können Mitteilungen hierüber nicht gemacht werden, um das Ergebnis der Ermittlungen nicht zu gefährden.

Rücktrittsgesuch Denzelos'.

Der Staatspräsident lehnt ab.

(Mitten, 8. Sept.)

Ministerpräsident Denzelos überreichte dem Staatspräsidenten sein Rücktrittsgesuch. Der Staatspräsident lehnte die Annahme des Gesuches ab. Die Regierung verbleibt im Amt.

Denzelos war dieser Tage vorzeitig aus seiner Kampagne für die am 25. September stattfindende Parlamentswahl aus Kreta zurückgekehrt. Er kündigte sich allerlei Gerüchte, die zum größten Teile auf die Schärfe des Wahlkampfes zurückzuführen sind, die sich zwischen den Führern der beiden Hauptparteien, dem Ministerpräsidenten Denzelos und dem Antirepublikaner Talaris bis zu gegenseitigen Gewaltandrohungen steigerte. Denzelos erklärte wiederholt, daß er trotz der wahren politischen Ereignisse vor den Wahlen an, um die angeblich monarchistischen Pläne Talaris zu vereiteln. Talaris hat am Dienstag den Staatsprä-

Mord an einer Sprachlehrerin.

(Berlin, 8. September.)

Die 56 Jahre alte Sprachlehrerin Carl Bruscata wurde gestern abend in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Frau Carl lebte seit einiger Zeit von ihrem Mann getrennt und betätigte sich als Sprachlehrerin. Als gestern abend die erwachsene Tochter der Mutter erschien, wurde auf ihr Klosett hin geöffnet, jedoch fand das Ueberfallkommando herbeigeeilt. Die Beamten öffneten die Wohnung und fanden Frau Carl tot auf dem Fußboden liegend. Der Tatbestand läßt die Vermutung zu, daß an der Frau ein Sittlichkeitsverbrechen verübt worden ist.

Der Untermieter der ermordeten Frau Carl, Dr. Cyrill-Wantrupp, hat sich der Mordkommission zur Verfügung gestellt. Seine Vernehmung ergab wichtige Einzelheiten. In der Wohnung konnte festgestellt werden, daß sich der Mörder der Frau nach der Tat umgekleidet hat. Ein grauer Hut mit schwarzem Band, der auf dem Schreibtisch gefunden wurde, gehört nicht dem Untermieter. Zweifelloso ist er Eigentum des Mörders. Im Schrank des Untermieters fand man eine mit Blut besudelte Smokingjacke. Wie sich zeigte, hat der Mörder die Smokingjacke des Untermieters angezogen und seine blutbesudelte dafür in den Schrank gehängt. Er hat auch sein Hemd zurückgelassen und dafür ein Hemd des Untermieters angezogen.

Schweres Grubenunglück in Ostoberschlesien.

(Kattowitz, 8. September.)

Am Donnerstag gegen 13 Uhr ereignete sich auf dem Richtig-Schacht der Grube A.G. in Janow ein schweres Grubenunglück. Die Hauer Maj und Wlota aus Janow sowie die Arbeiter Maroz aus Annasch und Korot aus Gieschew wurden durch Einfuhr eines 7 m hohen und 15 m breiten Felsers verletzt. Durch die auf der 450-m-Sohle einwirkenden Gesteinsmassen wurde ein Brand- und Gasloch freigelegt, so daß, wenn es gelingen sollte, an die Verlebten heranzukommen, kaum anzunehmen ist, daß sie noch lebend geborgen werden können. Die Unglücklichen wurden ertränkt. Die Rettungsarbeiten dauern mehrere Tage dauern.

Steuerbrief gegen einen ober-schlesischen Rittersgutsbesitzer.

(Berlin, 8. Sept.) Gegen den Rittersgutsbesitzer Gräber in Langguth (Kreis Ratibitz) und seine Ehefrau, zuletzt in Danos oder Jürich (Schweiz), die dem Reich eine Reichsfluchtsteuer von 118 433,75 Mark schulden, ist ein Steuerbrief erlassen worden.

Fu.

Dem

8. Bosphol, gens 8.80 Uhr jeelenamt für Langenber Bosphol, sta freundlich ein

p. Bosphol, tief ein Schul beim Ueberfahr ein aus enge rad, Motorra erlitten leichte

p. Bosphol, 2. Bosphol, 2 Herrenfahr Damenstirn, Taube, 1 Tr Spazierstod, 1 und 1 Gürtel.

p. Bosphol, 879 Fiertel auf Preis je Alter waren nicht vo

Belohnung

Der Herr der heutigen nung von die Ermittlung hierzu geben 3 Seiten. R mmet, daß der worlicher Wel urfaßt worden in der um hal Nur unter tatt es gelingen, aufzubeden.

In der Na wohnt der E stollen. Die 3 zurückkommenbe konnten sie me In der M fahrad, das u stollen. Ein u vor einem Hau drittes Fahrad Von einem eine elektrische Mittels Et 40 Einmachgläs Postgeno wegen eines ein Damenfahr ist sichergestellt

2772 S

Bei der am zwölftenzahl 1181 (1124) 381 (488) Ferte Schweine von ad 305 (330) Schwe über 1 Jahr. 1 Jähling am 1. diesmal 2772 S als am 1. Sept

Don d

e. Bosphol, Schweinezahl st gestaltung ist d lange überflieg der Bauer als seine Arbeit er fast täglich jenk kaufen will, lo Wollte er den anderen Gebiete fünf Pfennig wenn eine Sau an Ferkeln w alle behalten u gesunde Zukunft der Anreiz für d der Landwirt au mer zuleben m schäftlichen Zwei zu riskieren. Z zwangsmäßig zu die Zukunft sic kann der Bauer mehr Mut aufn Ferne!

sim

gegen Aus der Heimat.

Dem Andenken von Langenbergs.
§ Bocholt, 9. Sept. Am morgigen Samstag, morgens 8.30 Uhr, findet in der Georgskirche das Jahresfeiern für den verstorbenen Regierungsrat von Langenbergs, dem Wohltäter der Stadt Bocholt, statt. Hierzu wird auch an dieser Stelle freundlichst eingeladen.

Verkehrsunfall.
p. Bocholt, 9. Sept. In der Werther Straße lief ein Schulknabe, der einem Fahrzeug gefolgt war, beim Überqueren der Straße aus Unvorsichtigkeit vor ein entgegengefuhrtes fahrendes Motorrad. Motorist und Fahrer kamen zu Fall und erlitten leichte Verletzungen.

Wer ist Eigentümer?
p. Bocholt, 9. Sept. Auf dem Fundamt (Kirchstraße 5, Zimmer 2) wurden als gefunden angemeldet: 2 Herrenfahräder, 1 Schäferhund, 1 Dobermann, 1 Damenschirm, 1 Damenhandtasche, 1 Fingerring, 1 Taube, 1 Treibriemen, 1 Uhr, 10 Paletten Tabak, 1 Spazierstock, 1 Herrenrock, 2 Paar alte Kinderhübsche und 1 Gürtel.

Viehmarkt.
p. Bocholt, 9. Sept. Auf dem Viehmarkt waren 879 Ferkel aufgetrieben. Verkauft wurden 498 Ferkel, Preis je Alterswoche 1,40—1,75 RM. Käuferhühner waren nicht vorhanden.

Belohnung für die Entdeckung von Brandstiftern.
a. Bocholt, 9. September.

Der Herr Oberstaatsanwalt in Münster schreibt in der heutigen Nummer unserer Zeitung eine Belohnung von insgesamt bis zu 5000 RM. für die Ermittlung von Brandstiftern aus. Veranlassung hierzu geben zahlreiche Brände im Amtsbezirk Heiden. Refen im Jahre 1932. Es wird vermutet, daß der eine oder andere Brand in unvorantworlicher Weise durch dritte Personen vorsätzlich verursacht worden ist. Wir verweisen auf die Auslobung, in der um baldige sachdienliche Angaben gebeten wird. Nur unter tatkräftiger Mithilfe der Bevölkerung kann es gelingen, derartige gemeingefährliche Verbrechen aufzudecken.

Diebes-Allerlei.
p. Bocholt, 9. September.

In der Nacht zum 7. September wurden einem Anwohner der Eintrachtstraße zwei Rindkälber gestohlen. Die Diebe wurden von einem nach Hause zurückkommenden Manne bei der Tat erwischt, doch konnten sie unerkannt entkommen.
In der Weimannstraße wurde ein Damenfahrader, das unverhofft vor einem Laden stand, gestohlen. Ein weiteres unverhofft gestohlen wurde von einem Hause in der Büdenstraße und ein drittes Fahrader in der Osterstraße gestohlen.
Von einem Fahrader in der Königsstraße wurde eine elektrische Fahrradlampe entwendet.
Mittels Einbruchs wurden aus einem Keller circa 40 Einmachgläser und 50 Pfälchen Fruchtwein gestohlen. Festgenommen wurde ein auswärtiger Krimineller wegen eines Diebstahlsverfuges. Er hat auch versucht ein Damenfahrader zu verkaufen. Das Damenfahrader ist sichergestellt worden.

2772 Borstentiere in Bocholt.
249 weniger als 1931.

§ Bocholt, 9. September.
Bei der am 1. September stattgefundenen Schweinezählung wurden im Stadtgebiet Bocholt in 1161 (1124) Schweinehaltenden Haushaltungen gezählt: 331 (488) Ferkel unter acht Wochen, 2129 (2199) Jungschweine von acht Wochen bis zu einem halben Jahre, 305 (330) Schweine von 1/2 bis 1 Jahr, 16 (8) Schweine über 1 Jahr. Die Zahlen in Klammern gelten für die Zählung am 1. September 1931. Im ganzen wurden diesmal 2772 Schweine, das sind 249 Schweine weniger als am 1. September 1931 gezählt.

Von der Schweinezucht.

e. Bocholt, 2. September. Die Aussichten in der Schweinezucht sind trübselig. Die Unsicherheit der Preisgestaltung ist die Hauptursache dieser Mißstände. Schon lange übersteigen die Zuchtungskosten den Preis, den der Bauer als Lohn für seine Mühen bekommt. Für seine Arbeit erhält der Bauer einen Betrag, der sich fast täglich senkt, und wenn er sein Mastergebnis verkaufen will, so ist das mitunter die schwerste Arbeit. Wollte er den Stundenlohn berechnen, wie es auf anderen Gebieten üblich ist, so käme er gewiß nicht auf fünf Pfennig! Er ist auch gar nicht mehr so sehr froh, wenn eine Sau einmal mehr als über den Durchschnitt an Ferkeln wirft, weil er ja nicht einmal, ob er sie alle behalten kann. Auch die Schweinezucht ist eine gesunde Zukunft voraus und der Gewinn ist auch hier der Anreiz für zweckdienliche Kapitalanlage. Wenn der Landwirt aber statt eines Gewinnes jahrelang immer zuleben muß, so tut er wohl daran, diesen landwirtschaftlichen Zweig fallen zu lassen und sein Geld nicht zu riskieren. Der fallende Absatz führt doch schon zwangsläufig zur Verminderung der Produktion. Wenn die Zukunft sich mal auskömmlicher gestalten sollte, so kann der Bauer die Schweinezucht und -mast wieder mit mehr Mut aufnehmen. Das liegt aber noch in weiter Ferne!

Glück in Ost.
§ Bocholt, 8. September.

Signierte sich auf dem in Janow ein in hauer Maj und Maslorz aus Annaden durch Einfuhr jelerers v z i d t einrückenden Ge-Gasföhr freigelegt, e Werkschiffen herab sie noch lebend kühlen mehrere Tage

Warum kein Sonderzug?

Eine Erklärung der Reichsbahndirektion Münster.

— Bocholt, 9. September.
Auf unsern Artikel „Immer das alte Spiel“ kein Sonderzug von Bocholt aus zum Katholikentag“ den wir in Nummer 287 unserer Zeitung veröffentlichten und in dem Klage darüber geführt wurde, daß Bocholt in Reichsbahnfragen wieder einmal fleißigster Helfer Münster u. a. folgendes mit:

Für die Bearbeitung der Maßnahmen zur Bedienung des Verkehrs aus Anlaß des Katholikentages in Essen ist als örtlich zuständige Reichsbahndirektion die Reichsbahndirektion Essen eingeschaltet. Diese Direktion hat demgemäß auch, wie üblich, in enger Zusammenarbeit mit den beteiligten Nachbarbahndirektionen und der Geschäftsleitung des Katholikentages die erforderlichen Erhebungen über den Umfang des zu erwartenden Verkehrs angestellt und die danach notwendigen betrieblichen Maßnahmen mit den anderen Reichsbahndirektionen vereinbart. Zu diesem Zweck wurden die großen katholischen Verbände und Vereine aufgefordert, ungefähre Zahlen über die Beteiligung ihrer Mitglieder mitzuteilen. Auf die Umfrage hin wurde der Reichsbahndirektion Essen nur ein Bedarf von 16 Sonderzügen gemeldet, wobei die Stadt Bocholt nicht beteiligt war.

Wie uns bekannt ist, hat auch der Präses des Bocholter Gesellen- oder Arbeitervereins durch die Zeitung um Anmeldebücher zur Teilnahme an einer Sonderfahrt zum Katholikentag aufgerufen. Eine Meldung über das Ergebnis ist aber bisher unmittelfach noch durch die Geschäftsleitung des

Katholikentages an die Reichsbahndirektion Essen gelangt, woraus zu entnehmen war, daß die Beteiligung aus Bocholt sich in mäßigen Grenzen halten würde. Demzufolge wurde auch kein Sonderzug von Bocholt vorgesehen, zumal Bocholt mit einem planmäßigen Personenzug den Sonderzug Emmenich — Essen in Wesel erreichen konnte und auch in der Gegenrichtung mit dem Sonderzug in Wesel Anschluß nach Bocholt hatte.

Wie wir von der Reichsbahndirektion Essen erfahren, ist ihr erst zwei Tage vor dem Katholikentag von dem katholischen Arbeitersekretariat Essen geschrieben worden, daß in Bocholter Kreisen der Wunsch nach einem Sonderzuge zum Katholikentag aufgetreten sei. Diesen Wunsch konnte die Reichsbahndirektion Essen aber zu diesem Zeitpunkt der Bearbeitung der Verkehrsmaßnahmen keinesfalls mehr berücksichtigen. Ein Sonderzug wäre tatsächlich auch ganz überflüssig gewesen. Denn nach dem Bericht des Bocholter Vereins war der Verkehr nach Essen am letzten Sonntag nicht merklich stärker als an anderen Sonntagen.

Sowohl die Erklärung der Reichsbahndirektion Münster. Danach scheint diese also keine Schuld daran zu haben, daß von Bocholt aus kein Sonderzug nach Essen eingeleitet worden ist. Wenn aber das katholische Arbeitersekretariat Essen erst zwei Tage vor dem Katholikentag den Sonderzug für Bocholt angemeldet hat, so scheint auch uns dies reichlich spät gewesen zu sein. Vermutlich liegt also hier ein „Reglespieler“ anderer Stellen vor, der hoffentlich bei ähnlichen Gelegenheiten nicht wieder vorkommen wird.

Vor den Schranken des Gerichts.

„Du hast ja einen Vogel.“ — Ein „erfreulicher Ausblick“ ins „Dritte Reich“.

Die üblichen Schmuggelsfälle.

§ Bocholt, 8. September.

Verbotene Grenzübersteilung.
Zwei Personen hatten einen Strafbefehl über 20 Mark erhalten, weil sie die Grenze ohne Ausweis und an verbotener Stelle überschritten hatten. Beide bestritten die gerichtliche Entschelbung. Der erste Angeklagte folgte dem dringenden Anraten des Richters und zog seinen Antrag zurück, da er zu seiner Entlastung keinen triftigen Grund angeben konnte; er hatte lediglich den Wunsch, die vom Hauptzollamt verhängte Geldstrafe in monatlichen Raten abtragen zu dürfen, worüber jedoch das Gericht nicht zu befinden hatte. — Der zweite Angeklagte wollte sich gar nicht beugen bewußt gewesen sein, daß er die Grenze überschritten habe; er habe Miße gehört und sei über die Grenze gelangt, ohne es gewußt zu haben. Was ihm natürlich nicht geglaubt wurde. Da er noch nicht vorbestraft war, blieb die vom Hauptzollamt verhängte Strafe in Höhe von 20 Mark bestehen; sie ist in monatlichen Raten von 5 Mark zu entrichten, falls sie nicht beizutreiben ist, muß der „Bisjucker“ vier Tage Gefängnis abtun.

Zweimal öffentliche Beleidigung.

Im ersten Falle hatte ein holländischer Staatsangehöriger, der in Bocholt wohnhaft ist und hier auch geboren ist, einen hiesigen Lehrer, der ihn vom Sportplatz herunterwies, mit den Worten angepöbel: „Du hast ja einen Vogel; du mußt erst einmal gucken lernen, du kannst ja überhaupt nicht einmal sehen.“ Dafür hatte der Holländer einen Strafbefehl über 30 Mark erhalten, gegen den er gerichtliche Entschelbung beantragte. Vor Gericht bestritt er, schuldig zu sein. Der als Zeuge vernommene Lehrer kannte jedoch den Angeklagten als den Täter wieder. Angesichts der Tatsache, daß die Fälle von Autoritätsverletzung sich immer mehr häufen, beantragte der Staatsanwalt eine Erhöhung der Geldstrafe auf 50 Mark. Das Gericht ließ jedoch die im Strafbefehl verhängte Strafe bestehen und sprach dem beleidigten Lehrer die Befugnis zu, den Straftäter in den beiden Bocholter Zeitungen auf Kosten des Angeklagten zu veröffentlichen. Da der Angeklagte übrigens bereits vorbestraft ist, machte ihn der Vorsitzende nachdrücklich darauf aufmerksam, daß er, falls er nochmals mit dem Straftäter in Konflikt komme, mit seiner Ausweisung rechnen könne.

Im zweiten Falle handelte es sich um einen erwerbslosen Jünger des „Dritten Reiches“, der gelegentlich einer Auseinandersetzung mit einem Polizeibeamten diesem gegenüber einen „erfreulichen“ Ausblick in die Zustände eben dieses „Dritten Reiches“ mit den Worten gab: „Die blauen Hunde, im „Dritten Reich“ werben wir in den ... getreten.“ Das sollte der vorlaute Jünger mit 30 Mark büßen, womit er natürlich nicht einverstanden war. Er beantragte gerichtliche Entschelbung und bestritt kurzerhand, sich derartig geäußert zu haben. Der Beamte aber hielt seine Aussage unter Eid anrecht, so daß der Angeklagte bestraft werden mußte. An Stelle der im Strafbefehl verhängten Geldstrafe erhielt er zwei Wochen Gefängnis, deren Verbüßung jedoch ausgesetzt wurde. Auch in diesem Falle erhielt der beleidigte Beamte die Befugnis, das Urteil veröffentlichen zu lassen.

2 Wochen Gefängnis wegen Vandalenschluppens.

Ein Mann aus Muffum hatte einen Strafbefehl über zwei Wochen Gefängnis erhalten, weil er eine gepöbelte Kuh bestraft hatte. Er erhob Einspruch mit dem „Erfolg“, daß die im Strafbefehl verhängte Gefängnisstrafe bestehen blieb. Da er noch nicht vorbestraft war, wurde die Verbüßung der Strafe auf zwei Jahre ausgesetzt, wenn er innerhalb sechs Monaten die noch rückständigen Schulden im Betrage von etwa 20 Mark bezahlte.

Durch Schaden wird man — hoffentlich — Ang.

Ein Landwirt aus Herjebach hatte einen Strafbefehl über 30 Mark erhalten, weil er Holländer beschäftigt hatte, deren Beschäftigung nicht genehmigt war. Er erhob Einspruch und wollte nicht gewußt haben, daß es sich bei den Beschäftigten um Holländer gehandelt habe. Dies wurde aber durch den als Zeugen vernommenen Polizeibeamten widerlegt, der bereits im Oktober 1931 den Landwirt aufgefordert hat, sich die erforderlichen Legitimationspapiere zu verschaffen. Die im Strafbefehl verhängte Geldstrafe blieb natürlich bestehen, und außerdem hat der Angeklagte noch die Gerichtskosten zu tragen.

Nur ein Tuppelbruder.

wurde diesmal aus der Unteruchungshaft vorgeführt. Es handelte sich um einen älteren Bergmann, der geteilt unterjog, bis er von einem Polizeibeamten in total betrunkenen Zustand gestellt wurde. Da er noch nicht vorbestraft war, kam er mit drei Tagen Haft davon, die durch die Unteruchungshaft bereits verbüßt waren.

Fünfmal Bandenschmuggel.

Wie meist so dominierten auch diesmal wieder die Schmuggelsfälle und zwar waren in sämtlichen fünf Fällen die Angeklagten wegen strafverhängender Bandenschmuggels angeklagt. Im allgemeinen gaben die Angeklagten zu, geschmuggelt zu haben, bestritten aber, daß Bandenschmuggel vorliege. Sie konnten jedoch in allen Fällen mit Ausnahme eines Falles, der verurteilt wurde, durch die Zeugen widerlegt werden. Es wurden verurteilt:
ein Erwerbsloser aus Bocholt, der in Sport gefasst worden war, zu einer Geldstrafe in Höhe von 125,20 Mark und einem Monat Gefängnis;
zwei Frauen aus Bocholt, die je fünf Pfund Mehl geschmuggelt hatten, zu je einer Geldstrafe in Höhe von 40 Mark (oder 8 Tage Gefängnis) und einem Monat Gefängnis;
ein Bäcker, ein Maurer und ein Schmied, alle aus Bocholt, die Kaffee und Mehl geschmuggelt hatten, zu je 60 Mark Geldstrafe (oder 10 Tage Gefängnis) und einem Monat Gefängnis, außerdem je 20 Mark Geldstrafe wegen Grenzvergehens;
ein Kraftfahrer und zwei Hilfsarbeiter, alle aus Bocholt, die Kaffee, Tabak, Zigaretten, Edamer Käse und Schokolade geschmuggelt hatten, zu je einer Geldstrafe in Höhe von 135,010,20 Mark (oder sechs Monaten Gefängnis) und einem Monat Gefängnis.

Ein Zusammenstoß in der Nordstraße.

Schließlich hatte sich noch ein auswärtiger Kaufmann wegen Körperverletzung zu verantworten. Es handelte sich um einen Zusammenstoß, der sich am 9. April d. J. an der Ecke Nordstraße — Langenbergstraße zwischen einem Kraftwagen und einem Motorrad ereignete, bei dem der Motorradfahrer am Fuß verletzt worden war. Die Angelegenheit wurde jedoch vertagt, da noch ein Sachverständiger vernommen werden soll.

Was der Bienenwatter sagt.

e. Bocholt, 7. September.

Kürzliche: Paul genug fand es mit der Imkerzeit im Mai. In andern Jahren konnte man im Mai schon mal schlendern. In diesem Jahre mußte der Imker seine zahllosen Netzkammerlittern, sonst wären sie ihm elend zugrunde gegangen. Wenn es kühl oder regnerisch ist, bleibt die Biene zu Hause und zehrt von den Vorräten. Sind diese aber aufgebraucht, so hat der Imker seine liebe Not. Täglich muß er den Tieren ihre Ration Zucker zuteilen und merkt dann, daß die Imkerzeit eine sehr teure Sache ist; denn seine Pfleglinge leben von der Substanz, die der Bienenwatter gegen teures Geld kaufen muß. Der Ertrag aber bleibt aus. — Die Bienenblüte war gut, zumal rechtzeitig einsetzte. Der Regen die Biene einwenig streckte. In dieser Zeit ging es lustig zu im Bienenhaus und die Fülle der Waben machte sich schon von weitem durch einen starken Honiggeruch bemerkbar. Das Endergebnis dieses Jahres wird nur eine Durchschnittsernte sein. Der Absatz ist mäßig. Auch im Honiggeschäft ist der minderbemittelte Teil der Bevölkerung als Abnehmer ganz ausgefallen. Wegen der vielen Marmeladen, die immer stärker in den Handel kommen und so billig auf den Markt gebracht werden, wird der Preis stark beeinflusst. Auch die überfehlige Konkurrenz macht sich fühlbar; denn viele Honiggeller sind beim Kauf sehr wenig wählerisch und kaufen das, was auf dem Markt geboten wird, mag es nun eble Inlandware oder Urmalhonig sein. Der Bienenwatter muß eben Idealist sein, sonst hätte er sein Bienenhaus schon lange geschlossen!

Ein Zugpaar weniger auf der Strecke Wesel-Bocholt.

— Bocholt, 9. Sept. Dieser Tage berichteten wir, daß der Zugpaar des Oktober in Kraft tretende Winterfahrplan für Bocholt eine nicht unbedeutende Verkehrsveränderung durch den Ausfall des ersten Frühzuges nach Wesel und des Spätzuges von Wesel bringen werde. Der Verkehrsverein hat sich mit der zuständigen Reichsbahndirektion in Essen auseinandergesetzt, um eine Abwendung des drohenden Rückschlusses zu erreichen. Die Wünsche zur Erreichung dieses Zieles jedoch sollen sehr gering sein, da die Reichsbahn auf die Normenbedingung auszufahren und die Befehle des Zuges sei nicht genügend, um eine Rentabilität sicherzustellen.

Kennst Du die neuen Bestimmungen über die Wartezeit in der Invalidenversicherung?

X Bocholt, 7. Sept. Wenn jemand vor dem 1. Januar 1932, das ist der Tag, an dem die Invalidenversicherung vom 8. Dezember 1931 in Kraft trat — 100 Wochen auf Grund der Versicherungspflicht geleistet hatte, dann brauchte er nur noch 100 Beitragswochen außerdem zurücklegen und er hatte die Wartezeit erfüllt. Er würde also in diesem Falle, wenn er Invalid wurde, Anspruch auf die Invalidenrente haben. 200 Beitragswochen genügt also, wenn 100 Beitragswochen auf Grund der Versicherungspflicht zurückgelegt waren. Jetzt, nach den neuen Bestimmungen, muß einer 260 Wochen zurücklegen, während der er versicherungspflichtig beschäftigt ist. Wenn er diese 260 Wochen Versicherungspflicht nicht zurücklegt, muß er insgesamt 500 Beitragswochen zurücklegen, dann erst hat er die Wartezeit erfüllt. Solche, die mit 65 Jahren Altersrente beziehen wollen, ohne daß sie invalide sind, müssen sogar 760 Beitragswochen zurücklegen, sonst ist die Wartezeit nicht erfüllt. Man könnte das im einzelnen noch näher erläutern, aber dies würde zu weit führen. Eventl. Anfragen werden wir gerne beantworten.

Dereine und Veranstaltungen.

Kirchengor St. Georg. Die Damen des Chores haben heute (Freitag) 8.15 Uhr Probe im Gesellenhause (2. Eingang oben).

Deffentliche Bühnerei des Borromäusvereins. Die Mitglieder des Borromäusvereins können ihre Vereinsgabe Sonntag in der Ausleihstunde abholen. Zur Deckung der Portokosten sind 10 Pf. beizugeben. Bühnenausgabe ist Sonntag nach dem Hochamt bis 12 Uhr; Donnerstags von 16—17 Uhr für Kinder und von 20—21 Uhr für Erwachsene.

Katholische Jugend. Heute (Freitag) abend 8.30 Uhr ist Vorbereitungsbund in St. Agnes. Die Ansprache wird Herr Kaplan Bäter halten. Alle kath. Jungen und Jungmänner sind freundlichst eingeladen. Sonntag 7.15 Uhr ist gemeinsch. hl. Kommunion.

Berein für jugendliche Arbeiter. Heute (Freitag) abend 8.15 Uhr ist Vorbereitung in St. Clara. Wir besprechen und üben die Gemeinchaftsmesse. Darum seien alle zur Stelle. Sonntag 7.30 Uhr ist gemeinsch. hl. Kommunion in der Pfarrkirche.

Kath. Arbeitersekretariat und Volksküche. Das Büro ist morgen (Samstag) geschlossen.

Jugendbund im R.D.B. Heute (Freitag) abend ist literarischer Zirkel.

Kindermahl. Heute (Freitag) abend 8.30 Uhr ist Zusammenkunft der Helfer und Helferinnen im Gesellenhause. Geladene mitbringen.

Gesellschaftsverein. Wie bereits bekannt gegeben wird in nächster Zeit verbilligtes Fühnermilchfutter seitens des Reiches ausgegeben. Der Gesellschaftsverein beschäftigt, bezüglich der Ausgabe besondere Maßnahmen zu treffen; daher wollen die Mitglieder in der am Sonntag stattfindenden Versammlung erscheinen, in der Näheres besprochen werden soll.

Veranstaltung für den Sonntag. Für Sonntag (Freitag) abend 8.30 Uhr ist Zusammenkunft der Helfer und Helferinnen im Gesellenhause. Geladene mitbringen.

Oldenkott-Zigaretten
sind so außerordentlich gut, daß man sich erst
an diese so ganz aus dem Rahmen
fallende Qualität gewöhnen muß.



Rittergutsbesitzer (h) und seine Ehe (Schweiz), die dem von 11843,75 erlassen worden.

Der populäre Preis

95 Pf

und seine heutige Kaufkraft!

Damenhemd Achsel mit Feiton . 95,	H.-Einsatzhemd mit hübsch. Einsätz. 95,
Damenhemd m. Träger, gute Qual. 95,	H.-Macco-Rose gute, solide Qualität 95,
D.-Nachthemd hübsch aufgemacht . 95,	D.-Trikot-Hemd Indanthren 95,
Kissenbezug Linen m. Dreiz. Bogen 95,	Damenschürze Siamosen, groß. Form 95,
Damenstrumpf Hausm. 366, künstl. Wascheide 95,	Servierschürze hübsch aufgemacht . 95,
Herrensocken kräftige Flor-Qualität 95,	Dam.-Schlüpfer Macco 95,
Herrensocken Wolle mit Seide . 95,	Frönte-Handtuch 66/110, Ia Qualität 95,

Pottmeyer
BOCHOLT-MARKT

66. Stiftungsfest des Turnvereins Bocholt von 1867.

Am Sonntag, dem 11. 9. 1932,
vormittags 9 u. nachm. 3 Uhr
Vereinswettkämpfe und
turnerische Vorführungen
auf dem Turnplatz am Eling.
Abends 8 Uhr i. d. Kronenburg
Tanz (Kapelle Niemann)

**Beachten
Sie**

DAS NEUESTE	
Mantelstoffe	
140 cm breit	
Engl. gem. p. Mtr.	1.75
79, 6.50, 5.90, 3.50,	
Crope Rayette	7.40
per Meter	
Boucle per Meter	4.90
7.80, 6.80, 5.90 und	
Diagonal-Fantafie	5.90
hochapart, Mtr. 9 40,	
Chermelaine und	5.90
Ottoman, Mtr. 20,	
Kleiderstoffe	
Atgaleine p. Mtr.	1.35
2.85, 2.45, 1.95 und	
Woll-Crope	0.88
d. chine per Meter	
2.45, 1.85, 1.35 und	
Cotele u. Boucle in	
aparten Musterungen	0.95
per Meter 2.55,	
1.80, 1.35 und	

Wilhelm Huisinkveld

Spezialhaus für Kleiderstoffe
und Seldenwaren,
Bocholt, Nordstraße 41.

Strümpfe - Strümpfe - Strümpfe

Riesenposten eleganter Herbststrümpfe sind eingetroffen — feine künstliche Seidenstrümpfe, mit einem wunderbar reinen, klaren Maschenbild — plattierte Strümpfe, schier unzerreißbar — Kaschmir-Strümpfe, warm und mollig für das herbstliche Wetter. — Sie wollten doch neue Strümpfe kaufen? — Nehmen Sie diese Gelegenheit wahr. — Es lohnt! — — —

Kunstl. Damenstrümpfe

Hauptpreislagen:
2.45 1.88 1.48 1.00 58,

Platt. Damenstrümpfe

Hauptpreislagen:
2.45 1.95 1.50 85, 68,

Kaschmir - Damenstrümpfe

Hauptpreislagen:
2.95 2.50 2.35 1.95 1.75

Woll. Kinderstrümpfe

Hauptpreislagen:
Größe I: 94, 75, 54,

Farbige Herrensocken

Hauptpreislagen:
1.65 1.25 1.00 95, 45,

Reinw. Herrensocken

Hauptpreislagen:
1.75 1.58 1.45 95, 75,

Beachten Sie unsere Fenster.

Wwe. Aug. Meyer, Markt 4.

†
Das Jahreseeelenamt
für den verstorbenen
Regierungsrat
Herrn Aloys van Langenberg
dem Wohltäter der Stadt Bocholt
findet statt am Samstagmorgen 8 1/2 Uhr
in der Pfarrkirche St. Georg, wozu hier-
mit freundlichst eingeladen wird. [6458g]

**Deutscher
Werkmeister-Bund**
Sitz Essen. Ortsgruppe Bocholt.
Sonntagvormittag 10 1/2 Uhr
Monatsversammlung.
Zu zahlreichem Besuch ladet frdl. ein
der Vorstand.

Stadion-Radrennbahn.
Samstag, den 10. Sept.,
nachmittag 4 Uhr

Große Radrennen.
Beste westdeutsche Klasse am Start.

**Miele
Fahrräder**
— auch Geschäftsräder —
Höchste Qualität bei absoluter Preiswürdigkeit
in den neuesten Modellen stets vorrätig bei
Heinr. Rose, Nobelstr.

Kevelaerfahrt

des Stadtbusses am Sonntag,
dem 11. Sept. 1932, morgens
7 1/2 Uhr ab Markt Bocholt.

Fahrtpreis pro Person RM. 3.—
Karten sind zu haben bei [6460g]
Gebr. Tack & Meiermann
Herzogstr. 11 Oestmuer 2

Für die Weinbereitung
empfehle helle Ballons in allen Größen,
Hefen u. Nährsalz, Gärührer, Korken,
Abfüllschlauch, Zitron- und Weinstein-
Säure. [6457g]
STERN-DROGERIE
August Steiner
Markt 2 Ecke Ravardistr.

Standuhr

preiswert abzugeben.
Bocholt, (1937g)
Schwarzhofstraße 11.

Junges kath. Wäb-
chen, 15 Jahre alt,
sucht zum 15. 9. ab
1. Oktober eine

Stelle

f. alle Hausarbeiten
Näheres in der Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

Zweitmädchen

gefrucht. (6456g)
Näheres in der Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

23 Zimmer- wohnung

Angebote erbieten unt.
Nr. 6466 an die Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

Mate-Gold

der brasilianische
Tee für jeden, aber
besonders gegen
Harnsäureleiden
35, 70, 130 Pfg.
Echt Mate Gold bei

Feldmann

Drogerie
Neustr. 13 Ruf 2241

Lehrmädchen

nicht unter 15 Jahr.,
aus gutem Hause,
zum sofortigen Ein-
tritt für unsere Da-
mentenkondition ge-
eignet.

Hermann Pottmeyer.

Otto Winkel

Bocholt
Ruf 2990
Einkochgläser
**Einkoch-
apparate**
billig. 5040

Lehrmädchen

nicht unter 15 Jahr.,
aus gutem Hause,
zum sofortigen Ein-
tritt für unsere Da-
mentenkondition ge-
eignet.

Hermann Pottmeyer.

Otto Winkel

Bocholt
Ruf 2990
Einkochgläser
**Einkoch-
apparate**
billig. 5040

Lehrmädchen

nicht unter 15 Jahr.,
aus gutem Hause,
zum sofortigen Ein-
tritt für unsere Da-
mentenkondition ge-
eignet.

Hermann Pottmeyer.

Otto Winkel

Bocholt
Ruf 2990
Einkochgläser
**Einkoch-
apparate**
billig. 5040

Zur Saison-Eröffnung im Capitol-Theater

Das große Ufa-Doppel-Programm und Bühnenschau
Spannungsgeladen, aufwühlend, unvergeß-
lich ist der Ton- und Sprechfilm
Ein alles bester Humor beherrscht diesen
kesseln Ton- und Sprechfilm

**Helden
der Luft**

Der Film
der großen
Sensationen

Jack Holt
Ralph Graves, Fay Wray

REGIE: FRANK R. CAPRA

Ein Film
der Columbia Pictures Distr. Co. Inc.
in deutscher Sprache (Ufa-Verl.)

**Dolly
macht
Karriere**

Lachen und Heiterkeit zu wecken, ist der Zweck
dieses übermütigen Werkes. Tausend lustige
Geister beschwingen den Film und seine Schau-
spieler, an ihrer Spitze die immer vergnügte,
tanzende und singende Dolly Hays in ihrer
quacksalbrigen Lausbubenhaftigkeit.

Darsteller: Dolly Hays, Werkmeister, Kurt
Gerron, Grete Natzler, Alfred Abel, Oskar
Karlweis, Gusti Stark-Gebittbauer.

Jack Holt und Ralph Graves, die durch so manchen Film
berühmt gewordenen Darsteller als Freunde in der Ge-
fahr und Rivalen in der Liebe, sind auch die Unzerren-
lichen dieses großen, abenteuerlichen Filmwerkes.
Sensationen der Luft, Sensationen der Technik
und ihrer Pioniere, deren tollkühne Wachen-
Akrobatik zu höchster Bewunderung zwingt.
Ein atemberaubender Wettlauf mit dem Tode,
packend in der Fülle seiner unbeschreiblichen
Sensationen.

Lachen und Heiterkeit zu wecken, ist der Zweck
dieses übermütigen Werkes. Tausend lustige
Geister beschwingen den Film und seine Schau-
spieler, an ihrer Spitze die immer vergnügte,
tanzende und singende Dolly Hays in ihrer
quacksalbrigen Lausbubenhaftigkeit.

Darsteller: Dolly Hays, Werkmeister, Kurt
Gerron, Grete Natzler, Alfred Abel, Oskar
Karlweis, Gusti Stark-Gebittbauer.

Geöffnet:
Wochentags ab 5,
Sonntags ab
2 Uhr.

2 BALDWINS
Moderne Caméraflex-Exzentriker
vom Wintergarten Berlin.

Fahrräder
und Motorräder
werden
aufbewahrt.

Amstlicher Un-
Landratsamte
von Bürgermei
und Klement d
Bortel
Geldhüts
Bocholt, Real
Fernsprech-Ga
3054. — Rh
Heintz. —
W. Wollfing. —
Th. Parra. —
burg: Johan
Klingenber
bertons. — D
Willy G
Orga
der Zentrum

Nummer

Derbessern
Notverord

mit welloffener
steht in der Stoc
eine eingehende
programm der S
schreibt er u. a.:

„Natürlich ka
Zweifel fühlen u
Eingriff in d
schäftsleben
land ist alle
Vande, das mehr
man eben zu re
um aus dem Su
Erfahrungen, wie
Man muß da
Sanierungsplan
programm unter
übersehbaren Ma
tionen, die in D
dem Anspruch, ein
auftellen.“

Dem Inhalt
übermittelten Zi
Die Notverordn
hier bereits wie
Und nur eine fo
ner derzeitigen
Mut allein ist es
Melbung, der w
noch hervor, daß
ein wirklich wer
Deutschlands pro
bringen, wenn d
schaftslage eintre
Gefells werden in
es ist doch wohl
vorbehaltslos der
dem liegt es nat
senschaftlichen
schänkt hat, daß
verständigen bes
auch sicherlich zu
verordnung enth
Notverordnung
chen, ist unsern
diese Bedenken
gibt ihrer, wie w
auch nicht wen
mers aus. Auch
tungen nicht erfu
lichen Mittelstan
Stimmen der R
Stepfis vor. Se
Unternehmertre
stauten Erhaltu
man gewiß vo
kangler hören,
würde, daß er
möglichste. Über
die Wirtschaftsp
m e h r B e f ü r d
gleitet, daß man
dem Auslande sie
schwung möglich
hält, daß diese W
die erwartete Bef
nenmarktpolitisch
fällig ist des fern
Notverordnung
den Arbeitgeber
Beifall aufgenom
halb, weil dieser
tischen Abbau ge
zu überlegen (sch
sicherten Lebensh
chen Töne, wie si
haltung mit dem
wissen wollte. A
standes des Gent
Transportarbeiter
beispielsweise ent
teilten Vollmachte
stündiger schwerf
träge und Steuer
von 10 Mark
etwa die Hälfte für
regierung“, heißt
leitung, wie von
und jed- und m
skälte und Blöke
enthalten eine e
gegen die zu der
vom grünen Tisch
daß in den viele
nerstg die Be
Reichsarbeitssmit
zahlreiche andere
bracht worden ist
in dem armelige
befindet und aus
sonst nicht weiß
standen werden fo
die Notverordn